Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Rechtsgrundlage für Zwangsbehandlungen muss schnell geschaffen werden

■ Zwangsbehandlungen psychisch kranker Menschen stellen immer einen erheblichen Grundrechtseingriff dar und bedürfen daher einer sicheren gesetzlichen Grundlage.

In seinem Urteil vom 23. März 2011 hat das Bundesverfassungsgericht zur Zulässigkeit von Zwangsbehandlungen psychisch kranker Menschen (hier einer im Maßregelvollzug untergebrachten Person) dezidiert Stellung genommen und den § 6 Abs. 1 Satz 2 des rheinlandpfälzischen Maßregelvollzugsgesetz als mit dem Grundgesetz unvereinbar und für nichtig erklärt.

Die Folge dieses Urteils ist nun nicht, dass Zwangsbehandlungen grundsätzlich unzulässig sein sollen, sondern dass sie nur so lange unzulässig sind, wie der Gesetzgeber, und das sind im Falle der Maßregelvollzugsgesetze und Psychisch-Kranken-Gesetze die Bundesländer, keine konkrete gesetzliche Grundlage für die Anwendung von Zwangsbehandlungen geschaffen hat. Einige Gerichte haben dementsprechend inzwischen Zwangsbehandlungen nach Betreuungsrecht und Psychisch-Kranken-Gesetz nicht zugelassen, beziehungsweise untersagt.

Das Bundesverfassungsgericht hat genau festgelegt, unter welchen Voraussetzungen Zwangsbehandlungen grundsätzlich zulässig sein können. Dazu gehört, dass der Untergebrachte krankheitsbedingt unfähig ist zur Einsicht in die Schwere seiner Krankheit und in die Notwendigkeit von Behandlungsmaßnahmen, und dass er nicht in der Lage ist, gemäß solcher Einsicht zu handeln. Darüber hinaus müssen folgende **weitere Voraussetzungen** vorliegen:

Die Behandlung muss erfolversprechend sein.

Eine weniger eingreifende Behandlung ist nicht möglich.

Es muss vorher ernsthaft versucht worden sein, die Zustimmung des Untergebrachten zu erhalten.

Der Eingriff muss bezüglich der Dauer, der Art der Medikation etc. „eng“ umschrieben sein.

Die Behandlung muss mehr Nutzen als Schaden haben.

Darüber hinaus müssen folgende **formellen Voraussetzungen** vorliegen:

Eine vorherige Ankündigung muss ausreichend Zeit für die Einholung von Rechtsschutz lassen.

Die Anordnung und Überwachung muss durch einen Arzt erfolgen.

Die Zwangsbehandlung muss dokumentiert werden. Vor der Anordnung muss eine Überprüfung der Zwangsbehandlung durch eine unabhängige Stelle (z. B. Betreuer, Gericht, Ombudsmann etc.) mit gesicherter Unabhängigkeit von der Unterbringungseinrichtung erfolgen.

Dies alles muss in einer klaren gesetzlichen Grundlage geregelt sein.

Die Aufgabe der Länder muss nun – falls noch nicht geschehen – sein, die gesetzlichen Grundlagen im Maßregelvollzugsgesetz beziehungsweise im Psychisch-Kranken-Gesetz so zu verändern, dass die Persönlichkeitsrechte der Patienten möglichst weit geschützt werden, aber gleichzeitig die Psychiatrie als therapeutische Disziplin handlungsfähig bleibt. Insbesondere die Universitätskliniken und Fachkliniken sollten mit ihren entsprechenden Ministerien eng zusammen arbeiten, um hier schnell zu einer sicheren Rechtsgrundlage zu kommen.

Klaus Lieb, Mainz

Professor Dr. med.
Klaus Lieb, Mainz

Editorial Board

Schriftleitung

Prof. Dr. M. Berger, Freiburg
Prof. Dr. H.-C. Diener, Essen
Prof. Dr. Ch. Gerloff, Hamburg
Prof. Dr. K. Lieb, Mainz

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. St. Bleich, Hannover
Prof. Dr. B. Bogerts, Magdeburg
Prof. Dr. T. Brandt, München
Prof. Dr. C. Elger, Bonn
Prof. Dr. M. Forsting, Essen

Prof. Dr. W. Gaebel, Düsseldorf
Prof. Dr. M. Gastpar, Berlin
Prof. Dr. W. Hacke, Heidelberg
Prof. Dr. H. P. Hartung, Düsseldorf
Prof. Dr. U. Hegerl, Leipzig
Prof. Dr. S. Herpertz, Heidelberg
Prof. Dr. C. W. Hess, Bern
Prof. Dr. H. C. Hopf, Mainz
Prof. Dr. S. Kasper, Wien
Dr. O. Kastrup, Essen
Prof. Dr. T. Kircher, Marburg

Prof. Dr. J. Kornhuber, Erlangen
Prof. Dr. K. Kuchelmeister, Gießen
Prof. Dr. K.-H. Mauritz, Berlin
Prof. Dr. H.-J. Möller, München
Prof. Dr. W. E. Müller, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. D. Naber, Hamburg
Prof. Dr. W. Oertel, Marburg
Prof. Dr. W. Poewe, Innsbruck
Prof. Dr. H. Reichmann, Dresden
Prof. Dr. H. Remschmidt, Marburg
PD Dr. P. Reuther, Bad Neuenahr

Prof. Dr. D. Riemann, Freiburg i. Br.
Prof. Dr. N. Scherbaum, Essen
Prof. Dr. J. Schramm, Bonn
Prof. Dr. S. Schwab, Erlangen
Prof. Dr. C. Sommer, Würzburg
Prof. Dr. D. Timmann, Essen
Prof. Dr. K. Toyka, Würzburg
Prof. Dr. U. Voderholzer, Prien
Prof. Dr. C. Weiller, Freiburg
Prof. Dr. M. Weller, Zürich
Prof. Dr. F. Zipp, Mainz